

6 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf nun die Fragestunde eröffnen. Es ist 12.11 Uhr. Die erste Fragestellerin ist Frau Mag. Schleicher, sie fragt Frau StRⁱⁿ Wirnsberger.

6.1 Frage 1: Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll auf Großveranstaltungen (GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ an StRⁱⁿ Wirnsberger, Grüne)

Schleicher:

Sehr geehrte Frau Stadtrat, hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. In meiner Frage geht es um Einwegplastik, um ein Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll auf Großveranstaltungen. Plastik ist in aller Munde, einfach deshalb, weil dieses enorme globale Problem nicht mehr schönzureden ist. Im Meer treiben Plastikinseln in einer Größe von unvorstellbarem Ausmaß. Mikroplastik findet sich im Speisefisch, in Flüssen und Seen, ja sogar im Boden von Naturschutzgebieten im Gebirge.

Dass das Umweltamt im Bereich Abfallwirtschaft und Abfallvermeidung gute Arbeit leistet, steht außer Frage. Trotzdem gibt es in der Stadt immer wieder große Veranstaltungen, wo Unmengen von Plastikmüll produziert werden. Beispielsweise ist da der Kleine Zeitung Graz-Marathon oder der Ladies Run erwähnt, wo an den Labestationen den Läufern Wasser in Einweg-Plastikbechern gereicht wird. Beim Graz-Marathon sind immer bis zu 10.000 Menschen dabei. Es gibt sechs Labestationen, das heißt, es kommt zum Müll von mind. 60.000 Einweg-Plastikbechern.

Eine bessere Maßnahme wäre beispielsweise die Verwendung von Papierbechern oder noch besser die Verwendung von Mehrweg-Bechern. Die Stadt Graz könnte auch hier eine Vorreiterrolle einnehmen und auf das Bewusstsein der Menschen eingehen und hier sensibilisieren.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende Frage zu richten:

Anfrage

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit in Ihrer verbleibenden Amtszeit die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes zu initiieren, das der Genehmigung sämtlicher in Graz infrage kommender Veranstaltungen als Richtschnur zugrunde gelegt werden kann?

Originaltext der Frage:

Plastik ist im Moment in aller Munde – einfach deshalb, weil dieses enorme globale Problem nicht mehr schön zu reden ist. Im Meer treiben Plastikmüll-Inseln von unvorstellbarem Ausmaß. Mikroplastik findet sich im Speisefisch, in Flüssen und Seen, ja sogar im Boden von Gebirgsnaturschutzgebieten.

Dass das Umweltamt im Bereich Abfallwirtschaft und Abfallvermeidung gute Arbeit leistet, steht außer Frage. Trotzdem gibt es in der Stadt immer wieder Veranstaltungen, in deren Rahmen Unmengen von Plastikmüll produziert werden.

Sportgroßveranstaltungen wie etwa der Kleine Zeitung Graz-Marathon oder der Garmin Ladies Run wären an dieser Stelle zu nennen. Bei den Labestationen wird den Sportlern Wasser in kleinen Einweg-Plastikbechern geboten. Beim Graz-Marathon nehmen mehr als 10.000 Läufer teil. Bei sechs Labestationen ist davon auszugehen, dass also weit mehr als 60.000 Einweg-Plastikbecher verwendet werden und Plastikmüll in einem enormen Ausmaß verursachen.

Eine umweltschonende Maßnahme wäre beispielsweise die Verwendung von Papierbechern oder besser noch der Einsatz von Mehrweg-Bechern. Die Stadt Graz

könnte auch in diesem Bereich beispielhaft vorangehen und die Sensibilisierung auf dieses weltweite Problem schärfen.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die nachstehende Frage zu richten:

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit in Ihrer verbleibenden Amtszeit die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes zu initiieren, das der Genehmigung sämtlicher in Graz infrage kommenden Veranstaltungen als Richtschnur zugrunde gelegt werden kann?

Wirnsberger:

Liebe Gemeinderätin, liebe Astrid, vielen Dank für deine Frage. Du sprichst da ein ganz wichtiges Thema an, nämlich die Vermeidung von zunehmenden Plastikmüllbergen, die wir auf verschiedenen Ebenen bekämpfen. Wie du selbst schon gesagt hast, da gibt es viele Aktivitäten aus dem Umweltamt heraus. Es ist prinzipiell zu unterscheiden, ob eine Veranstaltung auf öffentlichem Gut stattfindet oder auf privatem Gut.

Großveranstalter müssen ein Entsorgungskonzept abgeben und auf öffentlichem Gut sehen die Richtlinien für Veranstaltungen, die beim Straßenamt angesiedelt sind, auch vor, dass zwingend Mehrweggeschirr verwendet wird. Das Umweltamt gibt auch nur positive Stellungnahmen, auch dort, wo es nicht zwingend ist, auf privatem Grund, da greift nur das Steiermärkische Landesgesetz, wo wir auch immer wieder Vorstöße versucht haben, auch dort das zwingend festzuhalten, dass sich da etwas tun muss. In der Vergangenheit, und das Thema, das du ansprichst mit den Marathons und mit den

Laufveranstaltungen. Hier gab es immer wieder Bemühungen, zu einer Lösung zu kommen. Meine Vorgängerin Lisa Rücker hat sich auch mehrfach mit Veranstaltenden an einen Tisch gesetzt, auch mit der Polizei, um eben hier Lösungen dafür zu finden. Das Hauptargument, das hier kommt, ist die Sicherheit der Läufer, da ist das Argument nämlich das, dass wenn Mehrwegbecher, die ja fester sind und eben nicht so schnell einfach man drüber laufen kann, wenn die herumliegen, dann könnte es passieren, dass die Läufer umknicken. Daran ist es bisher gescheitert. Ich bin aber sehr gerne bereit, dazu hier erneut Gespräche zu führen und auch nach Lösungen zu suchen, vielleicht auch sehr gerne gemeinsam mit dem Sportstadtrat, wie man da in irgendeiner Form Anreize schaffen kann und eine Lösung finden, die die Sicherheit garantiert, aber eben auch im Sinne des bewussten Umganges und der Reduktion von Plastik ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, gibt es dazu noch eine Zusatzfrage?

Schleicher:

Vielen Dank, wenn man da mitläuft, ist es ein Wahnsinn, was da an Plastikbechern auf einen Schlag zusammenkommt und die Leute sind bemüht, das zusammenzuklauben, aber, wenn da einmal der Wind hineinfährt, ist klar, dass da leider auch ein bisschen etwas in der Mur landet. Danke, dass du gesprächsbereit bist. Vielleicht ist die Idee von Papierbechern eine Möglichkeit. Wie realistisch siehst du, dass du jetzt, nachdem du dein Amt ja niederlegst, das bis zum nächsten Ladies Run im Mai 2019 vielleicht schon eine Lösung da ist?

Wirnsberger:

Ich werde es auf jeden Fall mit dem Umweltamt einmal anregen und gerne auch jetzt im nächsten Monat eigentlich noch schauen, ob wir da Möglichkeiten finden. Auf jeden Fall ist das Thema einmal deponiert und wird bearbeitet werden. Ob es jetzt schon bereits bis dahin eine Lösung gibt, ist ja nicht nur von uns abhängig, sondern auch von den Veranstaltenden.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.16 Uhr).

**6.2 Frage 2: Trassenführung Seilbahn Plabutsch und Thalersee
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Gäste auf der Galerie. Sie kommen jetzt zu dieser Frage wie die Jungfrau zum Kind, weil eigentlich wollte ich ja den Herrn Bürgermeister fragen, der jetzt leider rausgeht. Es geht um die Seilbahn Plabutsch und Thalersee. Da wurde ja in der letzten Woche das Konzept „Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee“ der Öffentlichkeit präsentiert und gegenüber dem Planungsbeschluss aus dem Jahr 2017 sind die Kosten mittlerweile von damals 25 Mio. auf 40 Mio. € angestiegen. In den Präsentationsunterlagen kann unter dem Punkt „Trassenführung Stand Oktober 2018“ Folgendes entnommen werden: „Im Rahmen der Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern konnte die priorisierte Variante „Thal – Peter-Tunner-Gasse“, insbesondere unter Einbeziehung einer vegetations- und tierökologischen Vorbeurteilung, mit Änderungen in der Streckenführung sichergestellt werden. Ich habe versucht herauszufinden, wer denn die Autoren dieser Vorbeurteilung sind, was mir leider nicht gelungen ist. Ich habe mich auch, abgesehen von der massiven Kostenerhöhung, ein wenig gewundert, dass die Trasse jetzt punktgenau durch den

sensibelsten Bereich geht, nämlich über den Vincke-Steinbruch. Ich habe das im Frühjahr bereits thematisiert, dass dort eine streng geschützte Art, nämlich der Uhu, brütet und so gibt es in Summe Anlass für viele Fragen und ich denke mir, dass sich vieles beantworten würde, wenn man in die Planungsunterlagen Einsicht nehmen könnte.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Machbarkeitsstudie zur Seilbahn Plabutsch-Thalersee sowie die vegetations- und tierökologische Vorbeurteilung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

in der vergangenen Woche haben Sie das Konzept „Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee“ der Öffentlichkeit präsentiert. Gegenüber dem Planungsbeschluss aus 2017 sind die Realisierungskosten deutlich gestiegen, genannt werden bis zu 40 Millionen Euro.

Den Präsentationsunterlagen kann unter dem Punkt „Trassenführung Stand Oktober 2018“ Folgendes entnommen werden: „Im Rahmen der Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern konnte die priorisierte Variante „Thal – Peter-Tunner-Gasse“, insbesondere unter Einbeziehung einer vegetations- und tierökologischen Vorbeurteilung, mit Änderungen in der Streckenführung sichergestellt werden.“

Die Tatsache der massiven Kostenerhöhung sowie die Tatsache, dass die Trasse nun punktgenau über den ökologisch sensibelsten Bereich, nämlich den Vincke-Steinbruch, geplant ist, gibt Anlass für viele Fragen, die mit einer Veröffentlichung der Planungsunterlagen wahrscheinlich beantwortet werden könnten.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Machbarkeitsstudie zur Seilbahn Plabutsch-Thalersee sowie die vegetations- und tierökologische Vorbeurteilung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen?

StR. Dr. Riegler:

Geschätzte Frau Kollegin Mag.^a Pavlovec-Meixner, ja, ich kann bestätigen, dass wir tatsächlich in der Agenda, im Koalitionsausschuss darüber gesprochen haben und es dann auch in der Folge der Öffentlichkeit präsentiert wurde, was geplant wird. Eine Machbarkeitsstudie ist tatsächlich in Ausarbeitung. Es geht dabei um Fragen der Mobilität, um die touristische Angebotsentwicklung im Naherholungsgebiet, immerhin haben wir hier einen See vor der Haustür und auch einen Berg, um vegetations- und tierökologische Vorbeurteilungen und viertens wurde auch seilbahntechnisch eine Voruntersuchung angestellt. Allerdings ist es nun so, dass zunächst einmal die regulären Schritte so einzuhalten sind, wie sie auch üblicherweise geplant sind. Das ist, dass zunächst einmal die Gremien der Holding Graz tagen sollen. Anschließend soll es zu einem Grundsatzbeschluss im Grazer Gemeinderat kommen. Danach wird dann eine UVP beantragt werden, ein UVP Feststellungsbescheid und dann werden die weiteren Detailplanungen beginnen. Das Haus Graz wickelt Projekte genau immer in dieser Form

ab. Das heißt mit Vorentwürfen, Detailplanungen und vorgesehenen Rechtsverfahren. Es ist nicht üblich, möchte ich bekunden, dass wir in der Planungsphase bereits Auszüge aus Projektunterlagen zur Diskussion stellen, deswegen muss ich Ihre Frage leider mit nein beantworten.

Pavlovec-Meixner:

Ich habe eine Zusatzfrage. Zuerst tut mir das leid, weil ich wirklich ehrliches Interesse habe an diesem Projekt und auch dass man das gut plant und jetzt frage ich mich natürlich als in UVP-Verfahren erfahrene Gemeinderätin, warum man eine Trasse ausruft, wo eigentlich von vornherein klar ist, dass das aufgrund des Artenschutzes, Naturschutzes eine sehr schwierige Trasse ist und wo auch eine EU-Vertragsverletzungsverfahren, nämlich wegen dieses brütenden Uhus im Raum steht und man könnte sich das ja einfach machen, indem man das von vornherein berücksichtigt. Meine Zusatzfrage ist jetzt einfach, ob Sie bereit sind, in diese Besprechungen bei der Holding Graz einzubringen, dass man eben unter Rücksichtnahme auf den Artenschutz eine Umplanung der Trasse ins Auge zieht.

Riegler:

Wenn ich darauf antworten darf, dann kann ich das gerne noch einmal zur Diskussion stellen. Nur meines Wissens ist hier die Trasse jetzt auch so geplant in Ordnung und daher würde ich sagen, gehen wir den Weg, wie die Projektplanung das vorgesehen hat.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Ich darf Frau Gemeinderätin Robosch herausbitten. Nachdem Herr Bürgermeister einen Auswärtstermin wahrnehmen muss, wird die Frage von Seiten des Herrn StR. Riegler beantwortet werden.

**6.3 Frage 3: Homepage der Stadt Graz/Julius Kaspar – Nazi oder Opfer?
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an StR. Dr. Riegler, ÖVP)**

Robosch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat Riegler. Sie kommen hier zum zweiten Mal scheinbar wie die Jungfrau zum Kind. Schön für Sie, aber eigentlich zielt ja meine Frage auf den Herrn Bürgermeister ab, da es ganz klar in seine Ressortverantwortlichkeit fällt, was auf unserer Homepage so steht und sich präsentiert. Denn wenn man anlässlich des November-Pogroms von 9. auf 10. November die zwei Wörter Julius Kaspar und Graz in eine Internetsuchmaschine eingibt, dann kommt als erster Link ein Portrait auf der offiziellen Seite der Stadt Graz, das den Nazibürgermeister zu der NS-Zeit nur mit Fragen bezeichnet und nur mit Fragen quasi darstellen zu versucht. Diese vier Fragen und ein Aussagesatz beinhalten Wörter und Suggestivfragen, wie politische Marionette der einmarschierten Nationalsozialisten, ein gemäßigtes NSDAP-Mitglied, ein vernünftiger Kommunalpolitiker oder auch ein gewöhnlicher Verbrecher. Der einzige Satz mit einem Punkt ist der Satz, wie er zu Tode kam und in diesem Satz ist auch das einzige Mal das Wort Täter zu finden und dieses Wort Täter bezieht sich aber nicht auf den Bürgermeister selbst, sondern auf die bis heute unbekanntes Täter, die ihn möglicherweise dort erschossen haben. Ich habe nach dem Lesen dieses Beitrages mir auch viele Fragen gestellt. Keine bezüglich des Julius Kaspar, sondern alle nur bezüglich der Intention hinter diesem Beitrag. Ich kann nicht verstehen, wie in der ehemaligen Stadt der Volkserhebung, der heutigen Menschenrechtsstadt, so ein Umgang auf unserer offiziellen Seite der Stadt Graz mit so einem Dunkelkapitel in unserer

Geschichte einhergehen kann. Ich kann nicht verstehen, warum hier scheinbare Wissenslücken einfach nur mit Suggestivfragen behandelt werden. Ich kann auch nicht verstehen, warum wenigstens in diese Suggestivfrage nicht die Frage der Rolle des Herrn Kaspar in den November-Pogromen sich wieder findet, denn wir alle wissen, dass es möglich ist, dass Julius Kaspar selbst bei der Brandstiftung der Synagoge anwesend war und selbst eine Rolle eingenommen hat und jetzt frage ich mich, wie die Sprache, der Stiel und die politische Dimension dieses Beitrages auf der Homepage der Stadt Graz bei einem weniger konzentrierten Lesen nicht erkennen lässt, ob Julius Kaspar ein Nazi oder ein Opfer war, wobei über den Hintergrund des Beitrages wenig nachvollziehbar ist, mit der Öffentlichkeitsarbeit einer Menschenrechtsstadt zu vereinbaren ist.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gibt man die Begriffe „Graz“ und „Julius Kaspar“ in eine Internetsuchmaschine ein, so erscheint ganz oben in der Liste ein Beitrag der Homepage der Stadt Graz.

(https://www.graz.at/cms/beitrag/10096300/7773004/Julius_Kaspar_Buergermeister.html)

Folgt man diesem Link, kommt man direkt in die Portraitgalerie Grazer

Persönlichkeiten. Und nicht auf irgendeine Persönlichkeit, höchstpersönlich auf das „Portrait“ des „Oberbürgermeisters der Gauhauptstadt“.

Dort findet man einen Absatz mit vier Sätzen, doch jeder dieser Sätze findet ein Fragezeichen am Ende. Wobei sich gleich noch mehr Fragen aufdrängen, allerdings keine zum „politischen Profil“ genannter Person. Dafür umso mehr in Hinblick auf die Hintergründe dieses Beitrags auf der offiziellen Homepage der Stadt Graz. Eine Homepage, die in Ihre Ressortverantwortung fällt, sehr geehrter Herr Bürgermeister.



GRAZ

RATHAUS LEBEN BERUF GRAZ ERFAHREN

Home / Graz erfahren / Über Graz / Grazer Persönlichkeiten / Graz Portraits.

🔊 💬 🖨️ 🐦 📘

Julius Kaspar, Bürgermeister

1888–1945

Wer war der Oberbürgermeister der "Gauhauptstadt" Julius Kaspar? - Eine politische Marionette der einmarschierten Nationalsozialisten, ein "gemäßigtes" Mitglied der NSDAP, ein vernünftiger Kommunalpolitiker, der den seit 1891 existierenden Plan der Eingemeindungen endlich durchführte, der geschickt staatliches Geld in die "Stadt der Volkserhebung" umgeleitet hatte, der in dunkler Zeit heilsichtig aus dem nunmehrigen Groß- Graz eine Fremdenverkehrs- und Kongressstadt machen wollte, der zuletzt noch heldenhaft die Sprengung der Hauptbrücke verhinderte? Oder war der SS-Obersturmführer, der die "Blutzeugen der Bewegung" des Juliputschs gegen Dollfuß mit dem Sieges-Obelisk und der Inschrift "Und ihr habt doch gesiegt" feierte, ein ganz gewöhnlicher politischer Verbrecher, der die "Stadt der Volkserhebung" im Frühjahr 1940 für "judenfrei" erklärte und, "durch Vertrauen von Partei und Staat in das Amt berufen", am Vernichtungswerk des braunen Terrors maßgeblich mitgewirkt hat?



Julius Kaspar (Bildausschnitt), Alfred Steffen, 1938, Fotografie, Bild- und Tonarchiv am Landesmuseum Joanneum.

Die "Stunde null" war jedenfalls seine letzte: Am Tag nach seiner Ablösung durch demokratische Kräfte am 8. Mai 1945 wurde der aus Graz geflohene Julius Kaspar von bis heute unbekanntem Tätern erschossen. Hatte sich die Banalität des Bösen so unauffällig in die höchste Position der "Gauhauptstadt" schleichen können, dass der Frage nach dem politischen Glück und geheimnisvollen Ende des Oberbürgermeisters noch niemand im Detail nachgegangen ist?

Deshalb stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage:

Wie sind Sprache, Stil und politische Dimension dieses Beitrages auf der Homepage der Stadt Graz, der bei etwas weniger konzentriertem Lesen nicht wirklich erkennbar werden lässt, ob Julius Kaspar ein Nazi oder ein Opfer war, wobei auch der Hintergrund des Beitrages wenig nachvollziehbar ist, mit der Öffentlichkeitsarbeit einer Menschenrechtsstadt vereinbar?

StR. Dr. **Riegler:**

Wie Sie schon richtig mit der Allegorie der Jungfrau gesagt haben, bin ich da tatsächlich erst sehr kurzfristig mit dem Thema vertraut worden. Allerdings habe ich durchaus Gelegenheit gehabt, mit Herrn Bürgermeister darüber zu sprechen, der ja für die Webseite graz.at zuständig ist als Stadtregerungsmitglied und er hat mir gesagt und den Hinweis gegeben, dass er die besondere politische Dimension des biografischen Textes zu Oberbürgermeister Kaspar nur schwer erkennen kann, denn der Text, der das schwankende Meinungsbild der HistorikerInnen verdeutlicht, stammt aus einer Ausstellung des Graz Museums und zwar aus einer Ausstellung namens „Graz Portraits, eine kleine Geschichte der Stadt“, die 2007-2008 gezeigt wurde und zu der auch ein gleichnamiger Katalog im Visa-Verlag erschienen ist, dessen Inhalt auf graz.at zur Verfügung gestellt wird. Autor des von Ihnen kritisierten Textes ist Otto Hochreiter, der allseits bekannte Direktor des Graz Museums. Vom Graz Museum man auch berichten kann, dass in der Zeit der Leitung von Otto Hochreiter es hundert Ausstellungen es ca. gegeben hat, wovon sich acht oder neun tatsächlich auch mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus beschäftigt haben. Dem Graz Museum daher möglicherweise vorwerfen zu wollen, dass es hier einen problematischen Hintergrund gäbe, oder auch der Visa-Verlag, wäre nicht nachvollziehbar, denn sowohl Hochreiter als auch der Visa-Verlag sind da außerhalb jeden Zweifels stehend. Zur Quellenlage, die Dauerausstellung 360°, eine Geschichte der Stadt, zeigt sehr bewusst einen leeren Akt des Oberbürgermeisters Julius Kaspar, der Text, den ich noch kurz, wenn ich Zeit habe, verlese, dazu lautet: „Der Akt ist leer, der Oberbürgermeister der Gau-Hauptstadt Julius Kaspar ist auch in der Geschichtsschreibung ein unbeschriebenes Blatt, war er eine politische Marionette der einmarschierten Nationalsozialisten, war er ein gemäßigtes Mitglieder der NSDAP, war er letztlich ein vernünftiger Kommunalpolitiker oder war der SS Obersturmführer, der die Stadt der Volkserhebung im Jahr 1940 für judenfrei erklärte, ein ganz gewöhnlicher politischer Verbrecher, der im Vernichtungswerk der Terrorisierung maßgeblich mitgewirkt hat? Künftige Generationen von HistorikerInnen werden es ergründen.“ Das, wie gesagt, ist der Text, von dem dieses Zitat stammt.

Robosch:

Ich hatte natürlich auch Zeit, mit Herrn Hochreiter darüber zu sprechen und er hat mir diesen Hintergrund, diese Ausstellung und dieses Buches erklärt, er hat mir allerdings auch zugestimmt, dass dieser aus dem Kontext gerissene, aus diesem Kontext der Ausstellung gerissene Text in der Form, in der er hier auf der Homepage ersichtlich ist, nicht nur aus dem Kontext gerissen ist, sondern auch missverständlich und auch missführend sein kann. Erstens haben sie auch erwähnt, dass der erste Satz, aus dem hervorgeht, dass die Akten leer sind, dass der Oberbürgermeister ein unbeschriebenes wissenschaftliches Blatt scheinbar ist, in diesem Text sich nicht wiederfindet.

Deswegen unterstelle ich nicht dem Herrn Hochreiter etwas, sondern unterstelle ich dem Herrn Bürgermeister als Verantwortlichem etwas, dass er die Homepage mit Inhalten befüllt oder befüllen lässt, die hier missführend sein können und aus dem Kontext gerissen und ich finde schon, dass die Stadt der Volkserhebung ein historisches Erbe hat, anders mit solchen Dingen umzugehen und verantwortungsbewusster und würdiger mit solchen Dingen umzugehen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:** Ich ersuche Sie, eine Frage zu stellen. Denn das ist keine Frage, Sie stellen hier Dinge fest und es geht um eine Zusatzfrage.

Robosch:

Ich würde zu dieser Frage gleich kommen. Deswegen stelle ich die Frage, ob gedacht wird, diesen Beitrag auf der Seite zu ändern und einen würdigeren und wissenschaftlicheren Umgang mit diesem Thema zu forcieren?

Riegler:

Zunächst möchte ich den Ductus ihrer Kommentierung, das war ja keine Nachfrage, in aller Schärfe in Abrede stellen und möchte wirklich ganz klar deklarieren, dass der Herr Bürgermeister ganz sicher nicht Texte in irgendeiner Weise, in irgendeiner zweifelhaften politischen Absicht ins Netz stellt (*Appl. ÖVP+FPÖ*). Ich möchte Sie bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen, werde ihm aber jedenfalls davon berichten und anregen, dass man den Text entsprechend weniger missverständlich ausformt.

**6.4 Frage 4: Bundesmuseum für Graz?
(GR. Swatek, BSc, Neos an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler. Diesmal eine Frage, die wirklich Ihr Ressort betrifft, und zwar geht es in meiner Frage um Bundesmuseen. Viele von Ihnen wissen, wir haben in Österreich 12 Bundesmuseen und sie haben alle eines gemeinsam, sie befinden sich in Wien. Die meisten davon sind durchaus bekannte, von der Albertina bis zum Technischen Museum, und da sie sich alle in Wien befinden, hat die derzeitige Bundesregierung vorgeschlagen in ihrem Koalitionsprogramm, dass und das zitiere ich daraus: „Die Sammlungsbestände der Bundeseinrichtungen sollen im Zuge von Kooperationen verstärkt in den Bundesländern ausgestellt und präsentiert werden können.“ Diese Stücke, die dann ausgestellt werden, in Zukunft auch in anderen Bundesländern aufgeteilt werden. Die Stadt Salzburg prescht da an dieser Front hervor, oder generell das Land Salzburg, und ist auf die Idee gekommen, eine alte Diskussion, die in Österreich schon lange herrscht, nämlich ob es ein Fotomuseum braucht oder nicht, aufzugreifen und hat die Idee geboren, so ein Fotomuseum in Salzburg zu positionieren. Meine Frage in diese Richtung wäre:

Ob es jetzt, wo die Bundesmuseen auch in die Breite gehen sollen, an die Bundesländer rausgehen sollen, auch von der Stadt Graz angedacht ist, hier aktiv zu werden und die Bundesmuseen oder Teile der Bundesmuseen oder Kunstobjekte der Bundesmuseen zu uns nach Graz zu holen. Meine

Frage,

an Sie, Herr Stadtrat Riegler, lautet daher:

Gibt es seitens der Stadt Graz Bemühungen, ein Bundesmuseum nach Graz zu holen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Stadtrat Dr. Riegler,

im schwarz-blauen Regierungsprogramm der Bundesregierung steht geschrieben: „Die Sammlungsbestände der Bundeseinrichtungen sollen im Zuge von Kooperationen verstärkt in den Bundesländern ausgestellt und präsentiert werden können.“

Die Stadt Salzburg prescht hier bereits mit zwei Projektvorschlägen vor um sich das erste Bundesmuseum außerhalb Wiens zu sichern. Ein ähnliches Engagement könnte auch Graz in Zukunft um ein Bundesmuseum erweitern und damit das kulturelle Angebot in unserer Stadt bereichern.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler,

gibt es seitens der Stadt Graz Bemühungen, ein Bundesmuseum nach Graz zu holen?

Riegler:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Swatek, Sie werden in mir ganz sicher immer einen Verbündeten finden, dem es darum geht, Kunst und Kultur, Dokumentation, Sammlung und Vermittlung unter die Menschen zu bringen. Das ist ja auch ein ganz klar deklariertes Ziel des Kulturjahres 2020. Durch Kultur wieder näher an die Menschen zu kommen und auch für Kultur und für die Dokumentation von Kultur neue Publikumsschichten zu finden. Was jetzt allerdings die aktuelle Gemeinderatsperiode betrifft, haben wir eine Agenda. Die Agenda 2022, in dieser Agenda war zunächst einmal bei aller Sparsamkeit vorgesehen, eine deutliche Verstärkung des Graz Museums, Schloßbergmuseums, die ja zum Teil schon stattgefunden hat einerseits durch die Übernahme der gotischen Halle in das Graz Museum, zum anderen durch die geplante und mittlerweile vom Gemeinderat ja auch schon beschlossene Ausweitung oder Wiedererrichtung, Wiederbelebung des Garnisonsmuseums am Schloßberg, in ein Schloßbergmuseum. Insofern haben wir hier schon ein sehr großes Projekt in dieser Gemeinderatsperiode gestartet. Wenn also die Frage sich stellt, solle man sich Bundesbestände nach Graz holen, dann würde sich natürlich automatisch die Frage stellen, wohin soll ich mich wenden und womit soll ich es finanzieren? Da muss ich Ihnen sagen, dass wir im Moment kurzfristig keine derartigen Planungen vorgesehen haben. Im Übrigen möchte ich darauf verweisen, dass viele Wünsche nach Leihgaben von Bundesmuseen nicht primär daran scheitern, dass die Bundesmuseen Leihgebühren etc. verlangen, sondern vielmehr daran, dass es eben sehr teuer ist, auch die entsprechenden Transporte und Versicherungen sicherzustellen. Dementsprechend ist es eben derzeit finanziell nicht eingeplant, kurzfristige Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen.

Swatek:

Sehr schade, dass die schwarz-blaue Stadtregierung mit der schwarz-blauen Bundesregierung hier nicht kooperiert. Meine Frage ist nun, wenn es sich finanziell nicht in dieser Periode ausgeht, ob Sie vielleicht schon Gespräche führen wollen, dass

man in zukünftigen Budgets dafür Planungen macht, damit diese Idee auch realisiert werden kann und in Zukunft wirklich Stücke der Bundesmuseen auch in Graz sichtbar sind.

Riegler:

Ich darf vielleicht noch etwas dazu ergänzen, nämlich es gibt selbstverständlich umfassende Kooperationen bereits zwischen dem Universalmuseum Joanneum Graz und seiner Häuser und den Bundesmuseen. Z. B. verfügt die Neue Galerie Graz über 565 langfristige Leihgaben aus den Sammlungen des Belvedere und der Artothek des Bundes. Es ist nicht so, dass wir nicht ohnedies kooperieren würden. Es ist jetzt nur nicht daran gedacht, noch eine weitere Ausweitung zu tätigen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden und Sie können sich sicher sein, dass ich mir das noch sehr genau ansehen werde, ob wir da nicht auch dann vielleicht die nächste Gemeinderatsperiode da noch eine Verstärkung zusammenbringen werden. Danke auf jeden Fall für den Vorschlag.

**6.5 Frage 5: Pfandsystem bei „Coffee to go – Bechern“
(GR.ⁱⁿ Hopper, ÖVP an StR.ⁱⁿ Wirnsberger, Grüne)**

Hopper:

Herr Stadtrat Riegler hat jetzt einmal ganz kurz Pause. Geschätzte Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregierung, liebe Frau Stadträtin, liebe Tina. Ich darf ein Thema hier noch einmal aufgreifen, das heute von der Frau Kollegin Schleicher schon gestreift wurde. Den Medien der letzten Wochen war zu entnehmen, dass es in Graz ab Dezember auch ein Pfandbechersystem geben wird, was wir eine sehr erfreuliche Entwicklung finden, dass das Umweltamt auch da

sehr schnell gehandelt hat und sehr rasch auch umsetzen konnte. Nach unserer kleinen Erinnerung, wer er es nicht mitbekommen hat, im September-Gemeinderat haben wir seitens der ÖVP bereits die Einführung eines solchen Pfandbechersystems auch gefordert. 2015 hat sich die Stadt Graz ja auch mit dem Maßnahmenkatalog zur Abfallvermeidung Zielen verschrieben, die ganz klar zu dieser Abfallreduktion beitragen sollen. Deswegen war es für uns sehr erfreulich, dass diese kleine Erinnerung sehr wohl gefruchtet hat und wir jetzt schon im Dezember diese Mehrwegbecher in Graz haben werden. Als städtisches Projekt wäre es aus unserer Sicht auch wichtig gewesen und so war es auch im Antrag formuliert, im Sinne der Sensibilisierung der Bevölkerung auch die Gestaltungsmöglichkeit dieser Mehrwegbecher auch in Betracht zu ziehen und da auch ein Vorzeigeprojekt und Vorzeigecharakter für die Bevölkerung zu haben. Das wäre sehr nett gewesen, trotzdem ist es natürlich großartig, dass es diese Becher jetzt auch gibt. Die ernsthafte Reduktion von Einwegbechern kann aus unserer Sicht nur ein Netzwerk von sehr vielen verschiedenen Betrieben erreichen, und anfänglich in der ersten medialen Berichterstattung war lediglich von drei Betrieben die Rede, das wäre für uns ein ganz klares Zeichen gewesen, dass man sehr weit entfernt ist von einem flächendeckenden Angebot, sondern wirklich nur beispielhaft eine kleine, recht ernüchternde Initiative hier setzen möchte. Inzwischen, heute war auch zu lesen, dass es auf 13 Betriebe auch schon ausgeweitet wurde, was sehr begrüßenswert ist und trotzdem stellt sich da aus unserer Sicht die Frage, wenn es jetzt ab Dezember ganz klar angeboten werden kann und deswegen komme ich auch zu meiner

Frage,

liebe Frau Stadträtin, liebe Tina:

Mit wie vielen weiteren Cafés oder Lokalen bzw. auch konkreten Filialen, das habe ich mir erlaubt zu ergänzen nach der heutigen Berichterstattung, als Teil des

Becherpfandsystems, dürfen die Grazerinnen und Grazer in näherer Zukunft rechnen oder bleibt es bei diesen Lokalen, die jetzt als fixiert berichtet wurden?

Originaltext der Frage:

Als ökologisch bewusste Stadt hat sich Graz 2015 mit dem Maßnahmenkatalog zur Abfallvermeidung Ziele gesetzt und sich neben dem Umdenken in der Abfallproduktion im ersten Maßnahmenpunkt auch der Abfallreduktion verschrieben. Seit August können nicht mehr nur in herkömmlichen Cafés, in diversen Bäckereien und in Supermarktketten Kaffee oder andere Heißgetränke erworben und konsumiert werden, sondern auch in Trafiken. Die Anzahl jener Konsumenten, die es bevorzugen, ihr Getränk nicht vor Ort zu trinken, sondern mitzunehmen, steigt dabei stetig an. Laut einer Studie von TNS Emnid geben 34 Prozent der Befragten in Berlin an, Kaffee o.Ä. aus Einwegbechern zu trinken. Diese Personengruppe verbraucht dabei rund zwölf Becher pro Monat. In Graz würden demnach rund eine Million Einwegbecher pro Monat verbraucht, was ausgehend von dem Durchschnittsgewicht der Becher 18 Tonnen Coffee to go-Müll pro Monat ergibt.

Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderatsclub der ÖVP auch in der Gemeinderatssitzung am 20. September einen Antrag zur Einführung eines Grazer Pfandbechersystems eingebracht. Es ist aus diesem Grund sehr begrüßenswert, dass das Umweltamt bereits an einem System gearbeitet hat und dieses nun auch vorstellen konnte.

Zur Sensibilisierung der Grazerinnen und Grazer in Bezug auf bewusste Müllreduktion trägt bereits die Einführung des Bechersystems bei. Allerdings wäre es dafür auch wünschenswert, die Liste der Lokale und Cafés über die bisher bekannten und veröffentlichten drei Lokale hinaus zu erweitern. Gerade als städtisches Konzept sollte die Rolle der Sensibilisierung der Bevölkerung umso intensiver verfolgt werden, weshalb die ÖVP auch auf die Gestaltungsmöglichkeit der Becher hingewiesen hat, um auf bewussten Umgang mit Abfall oder städtische Initiativen hinzuweisen.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Umweltstadträtin, die

Frage:

„Mit wie vielen weiteren Cafés oder Lokalen, als Teil des Becherpfandsystems, dürfen die Grazerinnen und Grazer in näherer Zukunft rechnen oder bleibt es bei lediglich drei Lokalen?“

Wirnsberger:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Anna. Vielen Dank für deine Frage, es freut mich wirklich, dass dieses Thema auf so breites Interesse stößt und möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich beim Umweltamt bedanken, das nämlich bereits seit mittlerweile über einem Jahr an diesem Thema gearbeitet hat. Was lange währt, wird endlich gut. Es ist uns darum gegangen, ein niederschwelliges, einfaches System, das regional betreut werden kann, zu entwickeln, und das vor allem attraktiv für die Lokale und die KundInnen ist. So sind wir auf dieses Pfandsystem gekommen. Es hat sich die PartnerInnensuche nicht ganz einfach gestaltet. Wie du weißt, hat das Geschirrwashservice früher die PAN gehabt, da waren wir schon sehr weit eigentlich in Gesprächen, die PAN ist dann leider in Konkurs gegangen, wir mussten sozusagen von neu anfangen. Jetzt geht es planmäßig im Dezember los und natürlich war auch ein Teil dieser Gespräche die ganze Zeit über das Finden von PartnerInnen- und Partnerlokalen, weil wenn du niemanden hast, der bei diesem Pfandsystem mitmacht, oder du das eben nicht flächendeckend abdecken kannst, dann wird es natürlich schwierig. Da an der Stelle auch noch ein Dankeschön an die Wirtschaftsabteilung, die seit all diesen Monaten auch das Umweltamt begleitet und unterstützt hat in diesem Bereich. Wie du selbst gesagt hast, 13 bis 15 Cafés kann man eigentlich als Fixstarter, Fixstarterinnen sehen. Die haben eigentlich nur in den Startlöchern gescharrt und darauf gewartet, dass die Becher kommen und dass das System endgültig fertig ist. Mit der Übernahme von dem Geschirrwashservice durch Alles EVENT, konnten wir dann

sehr schnell im Sommer das auch alles fixieren. Wir haben aber auch durch die mediale Berichterstattung jetzt in den letzten Tagen erfahren, dass das Interesse bei den Betrieben sehr hoch ist. Es haben sich schon mehrere bei uns gemeldet, auch einige, die erste im nächsten Jahr ihr Café eröffnen werden und von vorneherein bei diesem System mitmachen wollen. Das heißt, diese 15, die wir fix haben, werden, davon gehe ich aus, morgen nach dem Runden Tisch, die sind der gute Grundstock und ich rechne damit, dass da jetzt nach und nach mehr Betriebe dazukommen und freue mich natürlich sehr, wenn es hier Unterstützung von allen Kolleginnen und Kollegen gibt. Bei euren Lieblingscafés einfach deponieren, dass es diese Möglichkeit gibt. Im ersten Jahr ist es völlig kostenlos für die teilnehmenden Betriebe und auch danach werden die Kosten sehr gering sein und sie werden auch unter den Betrieben aufgeteilt, das heißt, je mehr mitmachen, desto günstiger ist es. Die teilnehmenden Cafés haben eigentlich nur Vorteile davon.

Hopper:

Vielen Dank einmal für die Antwort. Sehr konkret wäre es wahrscheinlich auch für die Grazerinnen und Grazer dann interessant, wenn es eine wirkliche Liste gibt, wie viele Filialen auch tatsächlich dabei sind. Es sind ja doch große Betreiber da auch mit dabei, die sehr viele Filialen in Graz haben und ich glaube, dass man das viel transparenter und klarer nach außen kommunizieren sollte, es ist sicher wünschenswert, damit es auch flächendeckend angenommen wird. Ich finde es auch großartig, dass das Umweltamt so lange an dieser Idee arbeitet, muss mich aber trotzdem fragen, wenn das Umweltamt jetzt seit einem Jahr daran arbeitet und es doch sehr viele vergleichbare Projekte in deutschen Städten gibt, die ganz klar darüber sprechen, dass im ersten Jahr der Schwung irrsinnig groß ist, bei den Bechern per se, dadurch dass der Pfand nur einen Euro beträgt und natürlich zur Eigenverwendung aber auch als Andenken, dadurch dass auch das Stadt-Graz-Logo drauf ist, sehr oft behalten wird, kann ich mir auch vorstellen, dass das genau so auch bei uns passieren wird. Jetzt hätte

ich bei den drei anfänglichen Lokalen, die geplant waren und kommuniziert waren, schon gedacht, dass 3000 Becher vielleicht etwas schwierig sein könnten. Wenn das jetzt wirklich flächendeckend angeboten werden soll und man mit in Betracht zieht, dass der Schwund sehr hoch sein wird, vor allem in der ersten Phase des Projektes, möchte ich da auch die Frage an dich, liebe Tina, stellen, ob du glaubst, dass 3000 Becher reichen bzw. für wie lange sie reichen und ob du diesen Gedankengang bitte auch mitnehmen würdest, um die erfolgreiche Umsetzung für dieses Projekt auch weiterhin zu garantieren, damit es auch nachhaltig ist und nicht nur ein „Wir machen jetzt kurz eine Becheraktion und dann sind sie weg und dann gibt es keine mehr“.

Wirnsberger:

Es freut mich sehr, dass du so mitdenkst, liebe Anna. Selbstverständlich haben wir diese Eventualitäten alle auch abgedeckt. Die Zahl von 3000 Bechern ergibt sich einmal daraus, dass wir gezählt haben, dass im Innenstadtbereich, und darauf wird sich das in erster Linie einmal konzentrieren, dass im Innenstadtbereich täglich 1000 Becher Café-to-go-Becher weggeworfen werden, das heißt, mit diesen 3000 haben wir quasi die dreifache Menge von dem, was weggeworfen wird. Selbstverständlich ist es auch so, dass wir das dementsprechend budgetiert haben, sollte es dazu kommen, dass, es ist ja auch schön, wenn Menschen das so gut finden, dass sie einen Becher als Souvenir behalten, dass Becher einfach ausfallen oder dass wir einen größeren Zulauf haben und wir mehr Becher brauchen, wir da ganz flexibel jeder Zeit Becher nachbestellen können.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:** Nun darf ich Herrn Gemeinderat Alic herausbitten, der seine Frage an den Herrn Bürgermeister stellen wird, der aber in diesem Fall auch wieder von Herrn StR. Dr. Riegler vertreten wird.

**6.6 Frage 6: Erhalt der Ackerflächen bei Alt-Grottenhof
(GR. Alic, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

Alic:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer. Ja, es ist ein wenig ungut jetzt, Herr Stadtrat, ich rede gerne mit Ihnen und ich will die Metapher mit Jungfrau und Kind nicht noch einmal bedienen, aber es ist schwer für Sie zu antworten, was der Bürgermeister denkt. Ich werde einfach trotzdem versuchen, das etwas umzuformulieren, oder wie auch immer man das machen kann rechtlich. Korrigieren Sie mich einfach.

Was ich sagen wollte, ich bin recht neu hier, nicht biologisch, aber dienstrechtlich meine ich das und was mich sehr beeindruckt hat im vergangenen Jahr, war die Antrittsrede des Bürgermeisters. Nämlich die Teile, wie er Benedikt von Nursia zitiert hat und von Demut und Bescheidenheit gesprochen hat. Denn wir Grazer und Grazerinnen können in aller Demut dankbar sein, dass wir so ein Stück Ackerland im Grazer Westen haben. Das ist kein Leuchtturmprojekt, das liegt einfach schön ruhig da und macht unsere Stadt völlig unaufgeregt einzigartig. Und Profiteure sind wir alle davon, alle, die in dieser Stadt leben, haben etwas davon. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Wetzelsdorfer bei der Volksbefragung zu mehr als 90 % sich dafür ausgesprochen haben, dass dieses Land, so wie es ist, erhalten bleibt und nicht umgewidmet wird und es ist auch nicht verwunderlich, dass der Herr Bürgermeister dort bei der Bezirksversammlung gesagt hat, dass er sich auch dafür einsetzen wird. Jetzt ist es verwunderlich, dass er nicht da ist. Deswegen, geschätzter Herr Stadtrat, ich lese es ab, als wären Sie der Herr Bürgermeister:

Stehen Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, oder wissen Sie, ob der Herr Bürgermeister nach wie vor zu seiner Aussage steht, bei der Bezirksversammlung in Wetzelsdorf vom 14. Dezember 2017, sich für den Erhalt der Ackerfläche zwischen Grottenhofstraße und Krottendorfer Straße (Grundstücknummer 94/2) als Freiland einzusetzen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai 2017 stellte die KPÖ einen dringlichen Antrag mit dem Ziel, das Land Steiermark zu ersuchen, die Pläne zum Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen der Schule Alt-Grottenhof nicht weiter zu verfolgen.

Dieser Antrag erhielt zwar nicht die Zustimmung der anderen Parteien im Gemeinderat, allerdings die Zustimmung der Bevölkerung. Und zwar durch eine Volksbefragung im Bezirk Wetzelsdorf, wo sich im Jänner 2018 über 96 % der BewohnerInnen dafür aussprachen, dass die entsprechende Fläche im Flächenwidmungsplan weiterhin als Freiland ausgewiesen bleiben soll.

Nun wurde bekanntgegeben, dass das Land ungeachtet dieser Volksbefragung diese Fläche im Ausmaß von rund 5 ha an eine Wohnbaugenossenschaft veräußert hat. 18,6 Millionen wurden dafür eingenommen, ein stolzer Preis, wenn man bedenkt, dass es sich um noch unverbaubares Ackerland handelt.

Daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

richten:

Stehen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nach wie vor zu Ihrer Aussage bei der Bezirksversammlung in Wetzelsdorf vom 14. Dezember 2017, sich für den Erhalt der Ackerfläche zwischen Grottenhofstraße und Krottendorfer Straße (Grundstücknummer 94/2) als Freiland einzusetzen?

StR. Dr. **Riegler**:

Ich habe mich natürlich in der bevorstehenden Vertretung des Herrn Bürgermeisters natürlich mit ihm auseinander gesetzt zu diesem Thema und kann Ihnen daher authentisch berichten, was Herr Bürgermeister darüber denkt. Er verweist zunächst einmal darauf, dass die angesprochene Fläche, um die es geht, die westlich der Landespolizeidirektion liegt, im rechtskräftigen 4.0 Stadtentwicklungskonzept, und die meisten Beschlüsse dazu waren ja einstimmig, inklusive Zustimmung der KPÖ, als Potentialfläche für die Funktion Wohnung festgelegt ist. Das heißt, hier ist einmal grundsätzlich ein Potential für Wohnen eigentlich ausgewiesen und offenbar auch mit Ihrer Zustimmung so ausgewiesen. Die Stadt Graz hat sich damit die Möglichkeit geschaffen, im Flächenwidmungsplan Bauland auszuweisen und zugleich im § 25 des Stadtentwicklungskonzeptes eine Bedingung dafür festgeschrieben.

Aha, da kommt jetzt schon ein kleiner Zusatzhinweis (*GR. Eber flüstert GR. Alic etwas am Rednerpult zu*).

Nämlich eine Zusatzbedingung, die Erstellung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes in Kombination mit ÖV-Anbindung, nämlich mit einer Straßenbahndaltestelle. Zurzeit ist eine zeitnahe Errichtung einer solchen Straßenbahnschleife nicht zu erwarten, noch ist ein Masterplan in Angriff genommen worden. Insofern ist eine kurzfristige Umwidmung in Bauland schon rechtlich unzulässig. Mittelfristig ist der besseren Nutzung bereits ausgewiesenen Bauland der Vorzug vor Neuausweisungen zu geben, dafür besteht noch erhebliches Potential. Die Umwidmung einer landwirtschaftlich genutzten Fläche für Wohnzwecke erscheint im Vergleich dazu unzweckmäßig. In diesem Sinne darf ich Ihnen vom Herrn Bürgermeister berichten, dass dieser keinen Anlass sieht, in seiner Funktion als Stadtplanungsreferent eine Änderung der rechtskräftigen Flächenwidmung, nämlich Freiland, anzudenken, oder gar dem Gemeinderat vorzulegen.

GR. Alic:

Es ist schwer zu sagen, wie ich die Gedanken in eine Frage formuliere, die Antwort war durchwegs zufriedenstellend, danke, Herr Stadtrat, und danke für die Gedanken des Bürgermeisters. Ich könnte aber trotzdem fragen, werden Sie sich weiterhin wirklich vehement dafür einsetzen, dass dieses Land so erhalten bleibt wie es ist?

Str. Riegler:

Ich glaube, wir alle haben jeden Tag die Pflicht, uns für die Erhaltung von Graz mit all seiner Schönheit einzusetzen.

**6.7 Frage 7: Bekenntnis zum Forum Stadtpark
(GR. Ing. Lohr, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Am 6. November fand nachmittags eine Demonstration zum Thema „Saubere Luft“ in der Grazer Innenstadt statt. Laut Schätzungen der Behörden zogen um die 400 Demonstranten über den Joanneumring, der zu diesem Zeitpunkt für alle anderen Verkehrsteilnehmer gesperrt wurde. Somit herrschte ab 16.00 Uhr ein Verkehrschaos rund um den Jakominiplatz, da um diese Zeit besonders Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, aber auch Selbstständige ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz in Richtung nach Hause verlassen. Regionalbusse mussten über den Jakominiplatz umgeleitet werden, der in kürzester Zeit überlastet war. Fahrgäste der Holding berichten, dass sie etwa auf der Straßenbahnlinie 7 von der Station Reiterkaserne bis zum Hauptplatz eine Stunde und länger benötigten. Etliche PKW-Lenker konnten mit ihren Fahrzeugen nicht die angrenzenden Parkgaragen um den Demonstrationsbereich verlassen.

Konträr zum Ziel der Aktivisten wurde die Luft durch diese Sperre erst recht durch den massiven Stau belastet. Die Betroffenen zeigten großes Unverständnis darüber, dass die Sperrung einer Hauptverkehrsachse um diese Uhrzeit zugelassen wird. Sie wissen, das Problem ist nicht neu in der Stadt Graz. Auch unsere Fraktion hat dieses Jahr schon einen dringlichen Antrag eingebracht als Petition an den Bund.

Daher ergeht abermals namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, von Demonstrationen auf Hauptverkehrsstrecken während der Hauptverkehrszeit verursachte Verkehrsüberlastungen im Innenstadtbereich mit geeigneten Maßnahmen – wie sie etwa in dem von unserer Fraktion im März d. J. eingebrachten dringlichen Antrag angesprochen wurden – zukünftig zu unterbinden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Am 6. November 2018 fand nachmittags eine Demonstration zum Thema „Saubere Luft“ in der Grazer Innenstadt statt. Laut Schätzungen der Behörden zogen knapp 400 Demonstranten über den Joanneumring, der zu diesem Zweck für alle anderen Verkehrsteilnehmer gesperrt wurde. Somit herrschte ab 16.00 Uhr ein Verkehrschaos rund um den Jakominiplatz, da um diese Zeit viele Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, aber auch Selbstständige ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz verlassen. Regionalbusse mussten über den Jakominiplatz umgeleitet werden, der in kürzester Zeit überlastet war. Fahrgäste der Holding Graz Linien berichten, dass sie etwa auf der Straßenbahnlinie 7 von der Station Reiterkaserne bis zum Hauptplatz eine Stunde

benötigten. Etliche PKW-Lenker konnten mit ihren Fahrzeugen nicht die angrenzenden Parkgaragen um den Demonstrationsbereich verlassen.

Konträr zum Ziel der Aktivisten wurde die Luft – ausgelöst durch die Sperre – erst recht durch den massiven Stau belastet. Die Betroffenen zeigten großes Unverständnis darüber, dass die Sperrung einer Hauptverkehrsachse um diese Uhrzeit zugelassen wird.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Werden Sie sich dafür einsetzen, von Demonstrationen auf Hauptverkehrsstrecken während der Hauptverkehrszeit verursachte Verkehrsüberlastungen im Innenstadtbereich mit geeigneten Maßnahmen – wie sie etwa in dem von unserer Fraktion im März d. J. eingebrachten dringlichen Antrag angesprochen wurden – zukünftig zu unterbinden?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat. Ganz konkret auf Ihre Frage bezogen, möchte ich Ihnen wie folgt antworten: Demonstrationen stellen, wie wir alle wissen, ein Grundrecht dar. Geregelt ist die sogenannte Vereins- und Versammlungsfreiheit im Artikel 12 des Staatgrundgesetzes sowie im Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bestimmungen zur Abhaltung und Untersagung einer solchen Demonstration oder Versammlung werden durch das Versammlungsgesetz dann näher konkretisiert. Eine Versammlung kann durch die

zuständige Behörde untersagt werden, wenn diese dem Strafgesetz widerspricht, die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet. Die zuständige Behörde dafür, also auch für Demonstrationen im Grazer Stadtgebiet ist wie Sie wissen, die Landespolizeidirektion Steiermark. Mangels Zuständigkeit kann daher die Stadt Graz eine Demonstration gar nicht untersagen.

Lohr:

Danke, Frau Stadtrat, für die Antwort. Der juristische Hintergrund, den kennen wir ja auch. Ich komme bei der Zusatzfrage noch einmal darauf an, aber Sie wissen, eben momentan wird bei so einer Demo, bei so einer Strecke natürlich der Öffi-Verkehr besonders lahmgelegt. Vielleicht wenn die Entlastungsstrecke dann über die Neutorgasse führen wird, dass man dann nicht mehr alle Straßenbahnlinien bei so einer Demo belasten kann, das ist der Ausblick auf die Zukunft, aber ich möchte dann fragen, wir haben ja einen dringlichen Antrag abgeschickt, ist da schon eine Antwort an die Abteilung gegangen bzw. würden Sie sich noch einmal innerhalb, Sie sagen ja richtig, es ist die Landespolizei zuständig, aber ob Sie noch einmal auch bei uns mit den Ämtern überlegen, ob es da nicht doch irgendwelche Maßnahmen gibt, ob man da mit dem Demoveranstalter sprechen kann, damit man eben nicht diese wichtigen Routen in der Hauptverkehrszeit sperren muss.

Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat. Die Umsichtigkeit und die Einschätzung, ob eine Demonstration oder Kundgebung im öffentlichen Raum und wo zulässig ist, da habe ich das Vertrauen in die Landessicherheitspolizei, das muss ich wirklich sagen. Ich kann das durchaus nur selbst bestätigen. Sie ermahnen einen ja auch selbst und führen Gespräche, wo eine Route günstiger ist oder nicht. Wie gesagt, da kann ich die Kompetenz, da kann ich mich nicht einmischen, sehr wohl aber, und da fühle ich mich auch angesprochen, wenn es um das Straßenamt geht, hier sehr wohl ein Augenmerk

darauf zu haben, wo künftighin im nächsten Jahr und wie viele Veranstaltungen, und da fange ich an beim Marathon, Klanglicht, Drei-, Viertagesveranstaltungen, weil wir haben heuer so viele Veranstaltungen gehabt im öffentlichen Raum wie nie zuvor, die ebenso zu Behinderungen des öffentlichen Verkehrs geführt haben und wo ich weit mehr Beschwerden von der Bevölkerung auf dem Tisch liegen gehabt habe und da müssen wir im kommenden Jahr gemeinsam, finde ich, uns gut überlegen, wie viel wir hier zulassen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Ich darf Frau Gemeinderätin Wutte herausbitten, die ihre Frage an den Herrn Bürgermeister stellen würde, in dem Fall aber auch abermals vom Kollegen Riegler beantwortet wird.

**6.8 Frage 8: Workshops zu Frieden und Demokratie am Nationalfeiertag
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, lieber Stadtrat in Vertretung des Bürgermeisters. Meine Frage bezieht sich auf die am Nationalfeiertag im Rahmen der Heeresschau präsentierte Gefechtsvorführung und die Konsequenzen, die darauf für den nächsten Nationalfeiertag gezogen werden sollten.

Die Gefechtsvorführung im Rahmen der Heeresschau in der Grazer Innenstadt, bei der unter anderem eine Festnahme inszeniert wurde, hat einige BürgerInnen, vor allem aber Eltern, verstört. Bei der als Familienevent beworbenen Veranstaltung richteten Soldaten unter anderem Waffen auf eine am Boden liegende Person. Die Gewaltdarstellung wurde nicht nur von mir, sondern z.B. auch von der Kinder- und Jugendanwältin des Landes kritisch gesehen, weil gerade jüngere Kinder noch nicht gut zwischen realer und fiktiver Gewalt unterscheiden können. Ob eine derartige

Darbietung im öffentlichen Raum ohne jeglichen Hinweis auf eine Altersfreigabe überhaupt mit dem Jugendschutz vereinbar ist, ist fraglich.

Um Kindern den Wert der österreichischen Neutralität und des Friedens, die wir am Nationalfeiertag feiern, zu vermitteln, könnte die Stadt im nächsten Jahr Workshops zum Thema Frieden und Demokratie veranstalten. Mit dem Grazer Friedensbüro verfügt die Stadt auch über eine geeignete Institution mit langjähriger, internationaler Erfahrung für die Entwicklung eines derartigen Angebots.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Wissen Sie, ob der Bürgermeister bereit ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Graz in Abstimmung mit dem Grazer Friedensbüro im nächsten Jahr am Nationalfeiertag Workshops zu Frieden und Demokratie anbietet?

Originaltext der Frage:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Frage bezieht sich auf die am Nationalfeiertag im Rahmen der Heeresschau präsentierte Gefechtsvorführung und die Konsequenzen, die daraus für den nächsten Nationalfeiertag gezogen werden sollten.*

Die Gefechtsvorführung in Rahmen der Heeresschau in der Grazer Innenstadt, bei der unter anderem eine Festnahme inszeniert wurde, hat einige BürgerInnen, vor allem aber Eltern verstört. Bei der als Familienevent beworbenen Veranstaltung richteten Soldaten unter anderem Waffen auf eine am Boden liegende Person. Die Gewaltdarstellung wurde unter anderem auch von der Kinder- und Jugendanwältin des

Landes kritisch gesehen, weil gerade jüngere Kinder noch nicht gut zwischen realer und fiktiver Gewalt unterscheiden können. Ob eine derartige Darbietung im öffentlichen Raum ohne jeglichen Hinweis auf eine Altersfreigabe überhaupt mit dem Jugendschutz vereinbar ist, ist fraglich.

Um Kindern den Wert der österreichischen Neutralität und des Friedens, die wir am Nationalfeiertag feiern, zu vermitteln, könnte die Stadt im nächsten Jahr Workshops zum Thema Frieden und Demokratie veranstalten. Mit dem Grazer Friedensbüro verfügt die Stadt auch über eine geeignete Institution mit langjähriger, internationaler Erfahrung für die Entwicklung eines derartigen Angebots.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Graz in Abstimmung mit dem Grazer Friedensbüro im nächsten Jahr am Nationalfeiertag Workshops zu Frieden und Demokratie anbietet?

Riegler:

In dem Fall freue ich mich ja direkt, dass ich Gelegenheit habe, da selbst etwas beisteuern zu dürfen, denn ich bin ja auch Angehöriger der Miliz-Armee, der österreichischen. Allerdings muss man sagen, der Waffengattung Sanitäter (*lacht*). Der Hintergrund ist schon, dass ich auch Teil einer wehrpolitischen Ausbildung war, in der wir eben durchaus auch uns sehr ausführlich darüber unterhalten haben, welche friedensstiftende und neutralitätswahrende verfassungsrechtliche Aufgabe das Österreichische Bundesheer hat, wozu es natürlich auch gehört. Einen Bezug zur

Bevölkerung zu bewahren und insbesondere auch die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres der Bevölkerung gelegentlich unter Beweis zu stellen, um auch ein entsprechendes Vertrauen in der Bevölkerung sicherzustellen. Insofern gehört es, so denke ich, zur Folklore seit vielen, vielen Jahrzehnten, übrigens nicht nur bei uns, sondern weltweit, dass man an Nationalfeiertagen natürlich auch zeigt, wie die Verteidigungsbereitschaft und wie die Bereitschaft zur Sicherheit durch das jeweilige eigene nationale Heer gewährleistet ist. In anderen Ländern fliegen dann die Frece Tricolori, über diverse Plätze und zeigen auch, wie die Luftwaffenstreitkräfte das zu leisten vermögen.

Nun, das ist auch hier passiert, dass es hier eine Festnahme oder Demonstrationen von Festnahmen gegeben hat. Es ist, so denke ich, ganz und gar nicht zu beanstanden, wurde mittlerweile auch schon mehrfach, so glaube ich, in den Medien diskutiert und widerlegt. Im Extremfall kam es ja zum Vorwurf, dass hier irgendwelche Gewaltanwendungen gezeigt worden seien. Es war eine Demonstration einer Festnahme. Was nun den Verein Friedensbüro betrifft, der Verein Friedensbüro hat Aufgaben, die eben als kommunale Einrichtung und von der Stadt Graz geförderte Einrichtung vor allem im Bereich der Schulprojekte und der Siedlungsmediation liegen. Das Friedensbüro ist aber jetzt nicht gerade insgesamt für die Herstellung des Weltfriedens verantwortlich. So gesehen ist es so, dass die Aufgabe, die Sie ihm, dem Friedensbüro, jetzt beimessen, eigentlich über das hinausgehend, was das Friedensbüro eigentlich zu leisten hat und es wurde uns auch von der Frau Jutta Dier gesagt, dass eigentlich das Friedensbüro gar keine Kapazitäten hätte derzeit, um überhaupt eine derartige Aufgabe auszuüben. Insofern müsste ich mit der Gegenfrage antworten, ob Sie sich darüber informiert haben darüber, ob überhaupt Kapazitäten gegeben wären, gesetzt den Fall, man wollte das.

Wutte:

Ja, es gibt eine Zusatzfrage, wenn ich auch darf, werde ich auch auf die Gegenfrage antworten im Zuge meiner Zusatzfrage. Natürlich ist es immer eine Frage der

Kapazitäten, aber ich denke, wenn der politische Wille auch da ist, im nächsten Jahr diese Friedensangebote zu machen, dann kann man auch entsprechende Ressourcen dem Friedensbüro zur Verfügung stellen und das Friedensbüro gibt es ja schon lange, es hat gerade Jubiläum gefeiert, hat gerade in der Vergangenheit sich auch intensiv mit dem Thema des internationalen Friedens beschäftigt und ich glaube schon, dass da auch einige Expertisen auch vorhanden wären. Vor allem, weil sie viel an Schulen unterwegs und aktiv sind und weil es auch darum geht, ein Angebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Von dem her kann meine Zusatzfrage nur lauten, ob Sie oder restriktive der Herr Bürgermeister bereit ist, eben auch die Ressourcen für das nächste Jahr zur Verfügung zu stellen, dass das Friedensbüro so ein Angebot schaffen kann.

Riegler:

Ich darf da ganz authentisch aus der Vorbesprechung mit dem Herrn Bürgermeister berichten, dass er eigentlich die Aufgaben des Friedensbüros eben in den bisherigen schon von mir dargestellten Aufgaben gesehen hätte. Daher er für eine Ausweitung auf eine derartige Tätigkeit momentan keine Notwendigkeit sieht.

**6.9 Frage 9: Aufwertung und Forcierung der Pflege zu Hause
(GR Schwindsackl, ÖVP an Stadtrat Mag. Krotzer, KPÖ)**

Schwindsackl:

Herr Vizebürgermeister, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren.

Die Pflege und Betreuung von Senioren ist und bleibt ein aktuelles Thema für alle, die es betrifft, unmittelbar betrifft und für alle, welche es irgendwann einmal betreffen

könnte. Viele stehen vor der Alternative Pflegeheim oder Pflege zu Hause - durch Angehörige oder unter Zuhilfenahme einer 24 Stunden-Betreuung.

Überwiegen doch in vielen Bereichen, beginnend beim gewohnten Umfeld, Kontakt zu den Angehörigen / Nachbarn und, wenn es der Gesundheitszustand erlaubt, selbstständiges Handeln, da überwiegen die Vorteile der Pflege in den eigenen vier Wänden.

Derzeit wird für die 24-Stunden-Betreuung ein Kriterienkatalog vom Sozialministerium, welcher auch die Vergabe eines „Gütesiegels für die 24-Stunden-Betreuung“ vorsieht, ausgearbeitet. Darin werden verpflichtende Qualitätsstandards, die sowohl das Verhältnis der Vermittler zu Personenbetreuern als auch jenes der Vermittler zu der betreuungsbedürftigen Person enthalten sein. Als weitere Kriterien wird die Kompetenz, die Ausbildung der Pfleger/innen und die Aufklärung über die Förderung der 24-Stunden-Betreuung geregelt.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

„Welche Überlegungen und Maßnahmen werden Sie als für die Pflege zuständiger Stadtrat veranlassen, um die 24-Stunden-Betreuung bzw. auch die selbst pflegenden Angehörigen aufzuwerten und zu unterstützen?“

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer!

Die Pflege und Betreuung von Senioren ist und bleibt ein aktuelles Thema für alle, die es betrifft und für alle, welche es irgendwann einmal betreffen wird. Viele stehen vor der

*Alternative Pflegeheim oder Pflege zu Hause - durch Angehörige oder unter
Zuhilfenahme einer 24-Stunden-Betreuung!*

*Überwiegen doch in vielen Bereichen, beginnend beim gewohnten Umfeld, Kontakt zu
den Angehörigen / Nachbarn und, wenn es der Gesundheitszustand erlaubt,
selbstständiges Handeln, die Vorteile der Pflege in eigenen vier Wänden.*

*Derzeit wird für die 24-Stunden-Betreuung ein Kriterienkatalog vom Sozialministerium,
welcher auch die Vergabe eines „Gütesiegels für die 24-Stunden-Betreuung“ vorsieht,
ausgearbeitet. Darin werden verpflichtende Qualitätsstandards, die sowohl das
Verhältnis der Vermittler und zu Personenbetreuern als auch jenes der Vermittler zu der
betreuungsbedürftigen Person enthalten sein. Als weitere Kriterien wird die Kompetenz,
die Ausbildung der Pfleger/innen und die Aufklärung über die Förderung der
24-Stunden-Betreuung geregelt.*

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

*„Welche Überlegungen und Maßnahmen werden Sie als für die Pflege zuständiger
Stadtrat veranlassen, um die 24 Stunden-Betreuung bzw. auch die selbst pflegenden
Angehörigen aufzuwerten und zu unterstützen?“*

Krotzer:

Sehr geehrter Herr Gemeindeart, lieber Ernest. Ich kann dir absolut zustimmen, dass es
sich bei der Pflege und auch, da müssen wir einen klaren Trennstrich machen, der 24-
Stunden-Betreuung um ein sehr heikles Thema handelt, dem wir vielmehr Augenmerk
zukommen lassen sollten. Wir haben aus diesem Grund auch vor wenigen Wochen
auch im Grazer Rathaus zu einer Konferenz eingeladen, in Kooperation mit der

Gewerkschaftsinitiative Vidaflex, wo unter anderem vertreten waren Experten der Universität Linz, Konsumentenschützer des Vereins für Konsumenteninformation, die Arbeiterkammer, VertreterInnen der 24-Stunden-BetreuerInnen, die fünf Trägerorganisationen der Hauskrankenpflege, Agenturen, das Land Steiermark und Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaft, die auf meine Einladung hier im Rathaus getagt haben, und aus dem Bürgermeisteramt waren auch die Frau Glettler, sowie auch du dort vertreten.

Wir haben dort feststellen können wieder einmal, dass alle, die ernsthaft an einer guten Lösung interessiert sind, dass es für die das größte Problem ist die Intransparenz. Wir haben die Situation, dass es über 852 Agenturen gibt. Davon mehr als die Hälfte nicht österreichische Agenturen. Man verliert schnell den Überblick und es gibt leider sehr viele schwarze Schafe, die in dem Bereich unterwegs sind. Das beginnt, dass die Vergleichbarkeit kaum gegeben ist, die einen rechnen Fahrtkosten mit hinein, die anderen Vermietungsgebühren, die anderen wiederum nicht und dazu kommen weitere Probleme, wie auch mangelnde Sprachkenntnisse, die natürlich einerseits im Austausch zwischen den Betreuerinnen und den betreuten Personen für Komplikationen sorgen, die aber auch ein Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis schaffen, wo ja viele 24-Stunden-BetreuerInnen ja gar nicht wissen, dass sie etwa EinzelunternehmerInnen sind und eben keine ArbeitnehmerInnen. Wir wissen, da gibt es eine große Fülle an Problemen. Wir sind seitens der Stadt einerseits natürlich froh über die Lösung, die seit 1. Juli gültig ist, dass wir sichern, dass jedenfalls die 863 Euro verbleiben, wenn man die mobile Pflege in Anspruch nimmt. Eines ist mir aber schon ganz wichtig, weil du anführst auch das Gütesiegel, ich muss dem vehement widersprechen, dass so etwas hier verpflichtend eingeführt wird. Das ist nämlich das große Problem und deswegen glaube ich, braucht es unbedingt seitens des Sozialministeriums und seitens der Sozialministerin eine gesetzliche Grundlage. Weil ein Gütesiegel ist letztendlich eine freiwillige Veranstaltung, der ich mich unterziehen kann oder nicht und das Problem ist, dass hier, ich habe erst heute am Vormittag wieder eine Frau da gehabt, die auch 24-Stunden-Betreuung in Anspruch nimmt, ich kann mir nicht aussuchen, ob ich eine hochqualitative Agentur nehme oder nicht. Die

Vorgabe, das Diktat ist quasi das, was ich an monatlichem Geld zur Verfügung habe und wenn man auf die Gütesiegel-Ebene geht, dann sind wir hier im freiwilligen Bereich; und was wir aber brauchen, damit wir da auch keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Bereich der 24-Stunden-Betreuung schaffen, ist eine klare gesetzliche Regelung, die bei allen Agenturen gilt. Ob sie wollen oder nicht und der sich alle dann quasi beugen müssen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Herr Stadtrat, weitere Ergänzungen vielleicht nach der Zusatzfrage, wir sind schon um eine Hausecke drüber.

Krotzer: Ok. Bitte.

Schwindsackl:

Das Thema ist ein reichhaltiges und umfangreiches. Danke, Herr Stadtrat, ich wollte eigentlich nur fragen, ob du die wesentlichen Inhalte dieses neuen Kriterienkataloges schon so gut kennst, weil du von einem Diktat des Gütesiegels sprichst, oder ob das in irgendeiner Form nur rein rhetorische Antwort war.

Krotzer:

Der Antwortzettel ist ja noch viel länger, aber so viel Zeit bekomme ich ja nicht. Das ist nicht Frage, was im Gütesiegel drinnen ist oder nicht, sondern das Problem ist die Freiwilligkeit des Gütesiegels und das ist der große Unterschied. Gesetzliche Vereinbarungen, von der alle 852 Agenturen betroffen sind, oder ich mache ein freiwilliges Gütesiegel, wo vielleicht 50 Agenturen sagen, wir holen uns das Gütesiegel vom Sozialministerium, verlangen dafür aber auch wesentlich mehr und die breite Masse, weil wenn man sich ansieht, ich habe heute erst wieder eine Dame dagehabet,

da sind wir bei 3000 Euro aufwärts an monatlichen Kosten, die hier zu tragen sind für die 24-Stunden-Betreuung. Dann ist eben nicht die Frage, nimm ich die Agentur, oder für die meisten nicht die Frage, nehme ich die Agentur mit Gütesiegel, sondern welche Agentur kann ich mir leisten und deswegen müssen wir auch bundesweit viel stärker darauf drängen, auch im Sinne des Beschlusses, den wir hier im Mai gefasst haben, dass es hier zu einer gesetzlichen Regelung kommt, die die Situation für alle besser macht.

Ende der Fragestunde um 13.13 Uhr.

7 Tagesordnung, öffentlich Teil I

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen, damit wir die Punkte, die schon abgestimmt sind, erklären können. Stück Nr. 3 ist einstimmig angenommen, ebenso Stk. 4, 5, 6, 7 gegen die Stimmen der Grünen. Nr. 8 gegen die Stimmen der Grünen, Nr. 9 einstimmig, Nr. 14 gegen die Grünen angenommen, Nr. 15 einstimmig, Nr. 16 einstimmig, Nr. 17 einstimmig, Nr. 18 einstimmig, Nr. 19 gegen die Stimmen der KPÖ, 21 einstimmig, Nr. 22 einstimmig.